

Lenkungsabgabe entzweit Parteien

FDP ist sehr skeptisch, SVP völlig gegen die Vorlage und Links-grün geht sie zu wenig weit

Von Daniel Ballmer, Bern

Eigentlich hat der Bundesrat ganz bewusst vieles offen gelassen. So sollte seine Vernehmlassungsvorlage wohl nicht gleich von Anfang an allzu viel Angriffsfläche bieten. Um die Energiewende voranzutreiben, will die Regierung eine Lenkungsabgabe einführen. Gestern hat sie die Vernehmlassung zu einem neuen Verfassungsartikel eröffnet. Dieser legt fest, dass der Bund Klimaabgaben auf Brenn- und Treibstoffe sowie eine Stromabgabe erheben kann. Definiert werden allerdings nur die Eckwerte einer Lenkungsabgabe. Beispielsweise die Höhe der Abgaben soll dann das Parlament im entsprechenden Gesetz beschliessen.

Der Plan scheint nicht aufgegangen zu sein. Auch an der offen formulierten Vernehmlassungsvorlage scheiden sich die Geister. Erste Reaktionen der Parteien gingen gestern weit auseinander. Vorgesehen ist, dass das bisherige Förderungssystem schrittweise auf ein Lenkungssystem umgestellt wird. Die heutigen Subventionsmassnahmen wie die kostendeckende Einspeisevergütung KEV oder Gebäudeprogramme werden abgebaut. Das geplante Klima- und Energielenkungssystem bildet die zweite Etappe der Energiestrategie 2050. Das erste Massnahmenpaket dazu befindet sich in der parlamentarischen Beratung. Es beinhaltet unter anderem Massnahmen zur Förderung der erneuerbaren Energien.

Auch Treibstoffe belasten

Die Höhe der Lenkungsabgaben soll so bemessen werden, dass sie einen wesentlichen Beitrag zur Erreichung der Klima- und Energieziele des Bundes leisten. Auf Unternehmen, die durch die Erhebung der Abgaben unzumutbar würden, soll der Bund Rücksicht nehmen. Der Spielraum reiche von einer Reduktion der Abgabensätze bis hin zur Befreiung. Die Abgaben sollen an die Bevölkerung und die Wirtschaft rückverteilt werden, betont Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf. So soll durch die Lenkungsabgabe keine zusätzliche Belastung für Haushalte und Unternehmen entstehen.

Vorbehaltlos hinter die Vorlage stellt sich aber einzig Widmer-Schlumpfs BDP. Für sie macht dieses marktwirtschaftliche Konzept sowohl aus ökologischer als auch aus ökonomischer Sicht Sinn. Die Partei zeigt sich denn auch überzeugt, dass das Stimmvolk diesen



Vollgas geben. Doris Leuthard (l.) und Eveline Widmer-Schlumpf treten bei der Energiewende kräftig in die Pedale. Foto Keystone

Weg mittragen wird. Auch für die Grünliberalen ist die Lenkungsabgabe ein «gangbarer Weg». Sie haben aber einige Vorbehalte: So seien die Treibstoffe rascher und stärker in das Lenkungssystem einzubeziehen, um die gewünschte Lenkungsabgabe zu entfalten.

Auch der SP und den Grünen geht die Vernehmlassungsvorlage nicht weit genug. Die Lenkungsabgabe könne die Wirkung der Energiewende nur verstärken, wenn auch Treibstoffe belastet werden. «Energie aus nicht erneuerbaren Quellen ist zu billig, die Lenkungsabgabe setzt das richtige Preissignal», sagt der Basler SP-Nationalrat Eric Nussbaumer. Wenn der Bundesrat die Treibstoffe ausklammert, stelle er die Energiewende infrage.

Treibstoffe keinesfalls belasten

Das sehen die Grünen ganz genauso: Die Vorlage des Bundesrats gehe zwar in die richtige Richtung, allerdings müsse sie stark nachgebessert werden, kommentiert der Zürcher Nationalrat Bastien Girod. Das heute gut funktionierende

Fördersystem dürfe nicht vor schnell abgeschafft werden. Die Lenkungsabgabe müsse vorher zumindest eine gleichwertige Wirkung auf die Energiewende und den Klimaschutz entfalten. Allerdings sei das System des Bundesrats nur sehr vage definiert. Und angesichts des politischen Umfelds sei zu befürchten, dass dieses System nur minimalistisch interpretiert wird.

Ganz anders wird das auf bürgerlicher Seite gesehen. Zwar stellt sich die CVP einem Energielenkungssystem grundsätzlich positiv gegenüber. «Einen schnellen Abbau der heutigen Förderinstrumente und wesentlich höhere Abgaben, insbesondere auf Treibstoffe, werden wir aber nicht unterstützen», stellt die Parteileitung klar. Mit solchen Massnahmen sei nur ein sehr bescheidener Lenkungseffekt zu erreichen. Im Gegenzug sei die Belastung für Mittelstand und Industrie sehr gross.

Skeptisch zeigt sich auch die FDP, die sich zusammen mit der SVP bereits im Nationalrat gegen die erste Etappe der Energiestrategie 2050 gestemmt

hatte. Für die Freisinnigen ist die Vorlage des Bundesrats in vieler Hinsicht mangelhaft: «Sie öffnet Tür und Tor für zusätzliche Belastungen der Konsumentinnen und Konsumenten.» Besonders hart treffe es die Unternehmen, die einen weiteren Wettbewerbsnachteil erhalten würden. Dies auch, weil der Bundesrat die bestehenden Subventionen für lange Zeit beibehalten wolle.

Ablehnung ohne Wenn und Aber

Noch deutlichere Worte findet die SVP. Sie lehnt die vorgeschlagene Lenkungsabgabe kategorisch ab. Dass der Bundesrat nicht einmal eine Woche nachdem das Volk die Energiesteuer-Initiative verworfen hat, eine eigene «Ökosteuer» präsentiert, sei reine Zwangerei.

«Bevölkerung und Wirtschaft sollen einmal mehr zusätzlichen Belastungen ausgesetzt werden, um die ideologisch motivierten Ziele der Bundesratsmehrheit im Bereich der Energie- und Klimapolitik zu erreichen», kritisiert die Volkspartei. Und das lehne sie vehement ab.

Abstimmungen zur Jura-Frage

Berner Gemeinden entscheiden

Bern. Die Berner Kantonsregierung will keine endlose Verkettung von Gemeindeabstimmungen im Berner Jura über einen Kantonswechsel. Vorgesehen sind höchstens zwei Abstimmungstermine. Das steht im Gesetzesentwurf, der nun in die Vernehmlassung geht. Der Entwurf bildet die rechtliche Basis für den Ablauf des Urnengangs, wie der bernische Regierungsrat gestern mitteilte.

Bis heute hat namentlich Moutier formell ein Gesuch für eine Gemeindeabstimmung über die Kantonszugehörigkeit eingereicht. Die kleineren Nachbargemeinden Belprahon und Grandval möchten zwar auch abstimmen lassen, aber zu einem späteren Zeitpunkt. Ihre Gesuche knüpfen sie an eine Bedingung: Sie wollen nur dann abstimmen, wenn sich Moutier für einen Kantonswechsel ausgesprochen haben sollte.

Der Gesetzesentwurf zur Durchführung der Abstimmungen über die Kantonszugehörigkeit sieht nun höchstens zwei Termine vor. Demnach muss der erste Termin innerhalb von zwölf Monaten ab Inkrafttreten des Gesetzes angesetzt werden. Nach dieser ersten Abstimmung, die mit grösster Wahrscheinlichkeit in Moutier stattfinden wird, bleiben maximal sechs Monate Zeit für den zweiten Termin für die übrigen Gemeinden.

Der Entwurf regelt aber nicht nur die Modalitäten, sondern auch die Folgen der Abstimmungen. Falls sich eine oder mehrere Gemeinden für einen Kantonswechsel entscheiden, müssen die beiden betroffenen Kantone Bern und Jura ein Konkordat aushandeln. Dieses ordnet die Gebietsänderung an und regelt die Grundzüge des Wechsels der Gemeinden zum Kanton Jura.

Das Volk hat das letzte Wort

Das Konkordat kommt in beiden Kantonen zur Abstimmung. Nehmen es die Stimmberechtigten in beiden Kantonen an, wird das Konkordat der Bundesversammlung zur Genehmigung vorgelegt. Wird das Konkordat in mindestens einem der beiden Kantone abgelehnt, ist das Verfahren zu Ende.

Die namentlich von Moutier angegebene Abstimmung fusst auf einem Versprechen der Berner Regierung im Zusammenhang mit der Jura-Abstimmung vom November 2013. Damals konnte die Bevölkerung im Kanton Jura und jene im Berner Jura über einen neuen gemeinsamen Kanton abstimmen. SDA

Mahnwache von Zoë Jenny

Kritik an Kinderschutz-Behörde

Zürich. Rund 60 Personen haben gestern eine Mahnwache für die getöteten Kinder von Flaach (ZH) abgehalten. Mit Kerzen und einer Schweigeminute forderten sie die Abschaffung der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden (Kesb). Organisiert wurde der Anlass von der Basler Schriftstellerin Zoë Jenny, die wegen ihrer Auseinandersetzungen mit der Kesb mittlerweile in Wien lebt. An der Mahnwache berichtete Jenny von ihren Erlebnissen.

Ans Mikrophon stellten sich auch die Grosseltern der getöteten Kinder. Sie überbrachten den Teilnehmern Grüsse ihrer Tochter, die seit ihrer Tat am Neujahrstag in Haft ist. «In Gedanken ist sie bei uns an dieser Mahnwache.» Das Vorgehen der Kesb in ihrem Fall bezeichneten sie als «behördlich angeordneten Kindesmissbrauch».

An der Mahnwache anwesend war auch Psychologin Julia Onken und Politologin Regula Stämpfli. Musiker Chris von Rohr, der sich ebenfalls angekündigt hatte, fehlte jedoch. Der Anlass blieb friedlich. Schon beim Aufruf betonten die Organisatoren, dass «Beleidigungen oder Drohungen gegen Personen oder Behörden nicht toleriert werden». Die Kesb waren nach dem Tötungsdelikt am Neujahrstag harscher Kritik und auch handfesten Drohungen ausgesetzt. Die Mitarbeitenden der zuständigen Kesb Winterthur-Andelfingen benötigten sogar Polizeischutz. SDA

Streit um Frauenquote und Abzockerregeln

Viel Kritik an Plänen zur Revision des Aktienrechts

Bern. Die Revision des Aktienrechts hat einen schweren Stand. Die darin enthaltenen Frauenquoten sowie die Umsetzung der Abzocker-Initiative bleiben umstritten. Die Wirtschaft fordert zusammen mit SVP und CVP sogar einen Marschhalt und sieht keine Notwendigkeit für die Revision.

Das wirtschaftliche Umfeld verträge derzeit keine Vorschriften, welche die Wirtschaft finanziell und administrativ zusätzlich belasteten, schreibt die SVP in ihrer Antwort zur Vernehmlassung, die am Sonntag zu Ende geht. Der Volkswille werde respektiert, denn die Volksinitiative gegen Abzockerei sei mit der per 1. Januar 2014 in Kraft getretenen Verordnung gegen übermässige Vergütungen bei börsenkotierten Aktiengesellschaften bereits umgesetzt.

Die CVP fordert den Bundesrat auf, momentan auf die Revision zu verzichten. Sie wünscht sich ein Aktienrecht, das wirtschaftsfreundlich und liberal ist. Eine stärkere Vertretung von Frauen in Verwaltungsräten und Geschäftsleitungen würde die CVP begrüssen. Allerdings sollten zuerst die Bemühungen der Wirtschaft zur Selbstregulierung abgewartet werden, bevor versteckte Quoten festgelegt würden.

Die FDP kritisiert, dass die Unsicherheit auf juristischer und organisatorischer Ebene verstärkt werde. Bei der

Umsetzung der Minder-Initiative kritisiert sie, dass die Vorschläge noch weitergehen als die bisherigen Regelungen. Frauenquoten lehnt die FDP ab.

Die SP steht hinter dem Entwurf. Speziell begrüsst sie die Ansätze für eine bessere Vertretung beider Geschlechter mit Zielquoten. Der bundesrätliche Vorschlag geht der Partei aber zu wenig weit: Sie fordert nebst höheren Frauenquoten vor allem wirksame Sanktionen, wenn das Ziel nicht erreicht werden sollte. Die SP fordert ausserdem eine Bonussteuer ab einer Million Franken Einkommen pro Jahr.

Angst vor Regulierungskosten

Der Wirtschaftsdachverband Economiesuisse ist skeptisch gegenüber der Revision und fordert den Bundesrat auf, den Prozess «im Sinne eines kreativen Marschhalts zu stoppen». Der Schweizerische Gewerbeverband lehnt die Änderung des Aktienrechts integral ab. Die Vorlage generiere hohe Regulierungskosten und verschlechtere den Wirtschaftsstandort.

Positiv äussert sich der Angestelltenverband KV Schweiz. Er begrüsst die Frauenquote. Der Bundesrat will mit der Revision des Aktienrechts unter anderem eine Geschlechterquote von 30 Prozent für grössere börsenkotierte Gesellschaften einführen. SDA

ANZEIGE

KOLLER



Silber · Porzellan & Fayence · Möbel

Auktionen in Zürich: 23. und 26. März 2015

Vorbesichtigung: 18. bis 22. März 2015

Koller Auktionen · Hardturmstrasse 102 · 8031 Zürich
Tel. 044 445 63 63 · office@kollerauktionen.ch
www.kollerauktionen.ch

Koller Genf · Rue de l'Athénée 2 · 1205 Genf
Tel. 022 311 03 85 · Fax 022 810 06 30
geneva@kollerauctions.com